

Schriften des Vereins für Geschichte und Naturgeschichte der Baar	47	123 - 132	2004	Donaueschingen 31. März 2004
---	----	-----------	------	---------------------------------

Die Südweststaatsgründung in der östlichen Baar

von Hans-Joachim Schuster

Im Badischen, zwischen Immendingen und Möhringen, also kurz vor Erreichen der württembergischen Grenze, versinkt das Wasser der Donau. Deshalb hieß es anno 1950/51 – im Rahmen der Diskussion um die Gründung des Landes Baden-Württemberg –, ja selbst die Donau wehre sich gegen den Zusammenschluss von Baden und Württemberg zum Südweststaat. Eine andere gängige Version der Erklärung dieses Naturschauspiels lautet wie folgt: Vor Scham versinke die Donau, kurz bevor sie badisches Gebiet verlässt, in unterirdischen Hohlräumen, um ja nicht in württembergisches Gebiet fließen zu müssen. Stattdessen trete sie wieder im badischen Aach, als Aachquelle, zutage.

Die Württemberger – grundsätzlich etwas sparsamer an Spott gegenüber ihren Nachbarn als die Badener – konterten: Der Neckar fließe von der Quelle bis fast zur Mündung durch württembergisches Gebiet. Doch schon kurz nachdem er dieses verlassen und badisches Gebiet betreten habe, stürze sich der Neckar vor lauter Verzweiflung und Jammer in den Rhein (Der Spruch geht auf den Poeten und Publizisten Sebastian Blau zurück).

Die Geschichte von Baden und Württemberg ist eine Geschichte zweier benachbarter Staaten, aber eben auch eine Geschichte von Animositäten und kleinen Sticheleien. Man muss aber darauf hinweisen, dass es dieses Nebeneinander von Baden und Württemberg eigentlich erst seit dem frühen 19. Jahrhundert gibt. Denn damals entstanden diese Staaten Baden und Württemberg erst in der heutigen Form, und zwar von Napoleons Gnaden.

Vor 1800 dominierte in der Baar das Haus Fürstenberg, viele Orte gehörten zu Österreich (z.B. Villingen, Bräunlingen, Spaichingen), andere zu kleinen geistlichen Territorien wie z. B. dem Kloster Rottenmünster oder zu Reichsstädten wie Rottweil. Baden war in unserer Gegend gar nicht präsent. Auch Württemberg beschränkte sich auf ein wesentlich kleineres Territorium. Durch die von Napoleon initiierten politischen Veränderungen zwischen 1803 und 1810 verschwand die Kleinstaaterei und es entstanden auf dem Boden des heutigen Baden-Württemberg die zwei Mittelstaaten Baden und Württemberg sowie die zwei kleinen Territorien Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen. Und in diesen neuen Staaten entwickelte sich schnell ein Staatsbewusstsein. Die über Jahrhunderte österreichischen Spaichinger und Heuberger fühlten sich recht bald als Württemberger, die bis 1806 fürstenbergischen Möhringer, Geisinger und Donaueschinger genauso schnell als Badener. Die württembergisch-badische Grenze durchschnitt seit dem beginnenden 19. Jahrhundert, bis zur Gründung des Landes Baden-Württemberg anno 1952, die östliche Baar. Schwenningen, Trossingen, Spaichingen, Talheim und Tuttlingen waren Bestandteile Württembergs. Bad Dürkheim, Möhringen, Immendingen, Geisingen, Hüfingen, Bräunlingen und Donaueschingen gehörten zu Baden.

Die militärische Besetzung durch die Alliierten im Frühjahr 1945 hatte – ohne Rücksicht auf politische, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse – eine Trennlinie mitten durch

die alten Länder Baden und Württemberg gezogen. Der Norden Badens und Württembergs gelangte unter amerikanische Besatzung. Das südliche Baden und der südliche Teil Württembergs mit dem preußischen Hohenzollern – alle südlich der Autobahn Karlsruhe – Stuttgart – Ulm gelegenen Kreise – bildeten fortan einen Bestandteil der französischen Besatzungszone. Die Amerikaner handelten recht schnell und bildeten bereits im September 1945 aus den zu ihrer Zone gehörenden Länderfragmenten Badens und Württembergs das Land Württemberg-Baden mit der Hauptstadt Stuttgart. Anders hingegen die Franzosen: Sie ließen in ihrem Machtbereich die alten Grenzen zum Teil bestehen. Zwar wurde das relativ kleine preußisch-hohenzollerische Gebiet mit dem Südteil Württembergs zum Land Württemberg-Hohenzollern vereinigt, doch blieb die badisch-württembergische Grenze intakt. Hier entstanden in einem längeren Prozess zum einen das Land (Süd)Baden mit der Metropole Freiburg und zum anderen das Land Württemberg-Hohenzollern mit der Hauptstadt Tübingen.

Seit Ende des Jahres 1947 gaben die Amerikaner und Briten der Schaffung eines westdeutschen Staates (unter Einschluss der französischen Zone) den Vorrang vor der Errichtung eines gesamtdeutschen Staatswesens. Dies führte in der Konsequenz zu den sogenannten Frankfurter Dokumenten: Am 1. Juli 1948 setzten die drei Militärgouverneure der westlichen Zonen in Frankfurt a. M. die elf Regierungschefs der Länder von ihrer neuen Politik in Kenntnis und forderten sie auf, eine Verfassungsgebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen und sich gleichzeitig auch über neue Ländergrenzen Gedanken zu machen. Der letztgenannte Auftrag war ein „Signalstoß“, der vor allem in Württemberg-Baden und in Württemberg-Hohenzollern, nicht jedoch in (Süd)Baden auf positiven Widerhall stieß. Die Regierungen und Landtage der beiden erstgenannten Länder traten für einen baldigen Zusammenschluss der drei südwestdeutschen Länder zu einem gemeinsamen Staat ein. Die (süd)badische Regierung machte sich zur Sprecherin gesamtbadischer Interessen. Mit Staatspräsident Leo Wohleb stand ein vehementer Verfechter der Wiederherstellung des alten Landes Baden an der Spitze der Freiburger Regierung.

Am 02. August 1948 trafen sich die drei Regierungschefs auf dem Hohenneuffen zu einem ersten Gespräch. Die gegensätzlichen Positionen – „Ja“ auf Seiten Württemberg-Badens und Württemberg-Hohenzollerns und Ablehnung seitens (Süd)Badens – traten dabei klar in Erscheinung. In der Folgezeit entstanden vor allem kontroverse Diskussionen über die Abstimmungsmodalitäten für einen vorgesehenen Volksentscheid über die Länderneugliederung. (Süd)Baden plädierte für eine Auszählung nach den alten Ländern Baden, Württemberg und Hohenzollern. Der Südweststaat sollte zustande kommen, wenn in jedem der Stimmbezirke sich eine Mehrheit für ihn aussprach. Die beiden anderen Länder forderten eine Auszählung nach vier Stimmbezirken: Südbaden, Nordbaden, SüdWürttemberg-Hohenzollern, NordWürttemberg.

Das vom Parlamentarischen Rat ausgearbeitete Grundgesetz sah – auf eine Anregung der Länderchefs von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, Reinhold Maier und Gebhard Müller, hin – im Artikel 118 eine Sonderregelung für die Neugliederung im deutschen Südwesten vor. Damit war der Weg für eine Länderneuordnung grundsätzlich frei. Seit Herbst 1949 nahm die in Wort und Schrift ausgetragene Auseinandersetzung zwischen „Altbadenern“ – den Verfechtern eines eigenen Landes Baden – und Südweststaatsanhängern schärfere Formen an. Eine Fülle von öffentlichen Versammlungen, Aufrufen und Resolutionen für und wider den Südweststaat kennzeichnete den politischen Kampf um die Länderneugliederung. Mit Informations- und Propagandaschriften, Post-

wurfsendungen und Plakaten versuchten beide Seiten die Wähler für sich zu gewinnen. Die Befürworter des Südweststaats argumentierten mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten und mit der „ökonomischen Vernunft“. Die Südweststaatsgegner operierten mit Begriffen wie Tradition, Heimat und landsmannschaftliche Zusammengehörigkeit. Auf einem Treffen der drei Regierungschefs in Freudenstadt am 15. April 1950 machte Gebhard Müller den Vorschlag, eine Volksbefragung rein informativen Charakters durchzuführen. Die Wähler sollten über die Alternativen „Zusammenschluss der bestehenden drei Länder zu einem Staat“ oder „Wiederherstellung der alten Länder Württemberg und Baden“ entscheiden. Als Termin wurde der 24. September 1950 anberaumt. Diese Volksbefragung erbrachte folgendes Ergebnis:

in Württemberg:	947.899	Stimmen für den Zusammenschluss
	69.604	Stimmen dagegen;
in Nordbaden:	331.113	für den Zusammenschluss
	247.962	dagegen;
in Südbaden:	214.931	für den Zusammenschluss
	316.696	dagegen.

Auf ganz Baden bezogen ergab die Volksbefragung eine Mehrheit für die Wiederherstellung der alten Länder – für die Anhänger des Südweststaates eine herbe Enttäuschung. Im damaligen „württembergischen Kreis“ Tuttlingen stimmten 95,4 Prozent der Wähler für den Südweststaat – ein beeindruckendes und klares Votum für die Neugliederung. Im „badischen Kreis“ Donaueschingen stimmte nur eine knappe Mehrheit – 51,4 Prozent – für den Zusammenschluss.

Nach der Volksbefragung im September 1950 war die Südweststaatsfrage wieder in eine Sackgasse geraten. Im April 1951 verabschiedete der Bundestag das Zweite Neugliederungsgesetz. Es beruhte auf einem von der Tübinger Regierung eingebrachten Entwurf und sah die Errichtung des Südweststaates vor, wenn in drei von vier Abstimmungsbezirken die Mehrheit für den Zusammenschluss stimmte. (Süd)Badens Staatspräsident Leo Wohleb protestierte. Sein Versuch, das Gesetz im Bundesrat noch zu Fall zu bringen, scheiterte aber. Die Freiburger Regierung erreichte jedoch mit ihrer Klage gegen das Neugliederungsgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht, dass die für 16. September 1951 vorgesehene Volksabstimmung verschoben werden musste. Am 23. Oktober erging das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, es erklärte das Neugliederungsgesetz für rechtsgültig. Der Weg für die Volksabstimmung war nun frei. Als Termin wurde der 9. Dezember 1951 bestimmt. Der Abstimmung voraus ging ein Wahlkampf mit zahlreichen Versammlungen sowie Aufrufen und Leserbriefen in den Lokalzeitungen – dem SÜDKURIER und dem Gränzboten. Im württembergischen Teil der östlichen Baar, wo eine eindeutig prosüdweststaatliche Stimmung herrschte, verlief der Wahlkampf relativ ruhig. Im badischen Teil der Region ging es heftiger und agitationsreicher vonstatten. Hier war der Grad der „Politisierung“ höher, der Ton zwischen Befürwortern und Gegnern des Südweststaats schärfer, die Polemik größer (Abb. 1).

Die „Aktionsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“ veröffentlichte am 27. November 1951 in der SÜDKURIER-Beilage „Vom See zum Main. Südwestdeutsches Echo“ u.a. ein Gedicht zur Südweststaatsgründung mit dem Titel: „Leut´ paßt auf, die Schwaben kommen!“ Es war zutiefst ironisch und gespickt mit Ironie auf die Altbadener, die im Wahlkampf Ängste wegen einer wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Dominanz Württembergs und wegen des Verlusts der badischen Identität weckten (Abb. 2a, b).

An alle Wähler!

Wer am 9. Dezember für die Wiederherstellung des alten Landes Baden stimmt,

- **stimmt damit für Ruhe und Frieden; denn es wird keine Ruhe und keinen Frieden im Südweststaat geben. Die berüchtigte Stuttgarter Regierungserklärung des Ministers Veit läßt nur Zwietracht erwarten.**

Wer am 9. Dezember für die Wiederherstellung des alten Landes Baden stimmt,

- **hat begriffen, daß unsere badische Wirtschaft von einem konstruierten Südweststaat nichts zu erhoffen hat.**

Wer am 9. Dezember für die Wiederherstellung des alten Landes Baden stimmt,

- **verhindert damit die Verödung der Rheinhäfen Mannheim, Karlsruhe und Kehl**

Wer am 9. Dezember für die Wiederherstellung des alten Landes Baden stimmt,

- **stimmt gegen die Aufblähung der Bürokratie und damit gegen höhere Steuern.**

Wer am 9. Dezember für die Wiederherstellung des alten Landes Baden stimmt,

- **verhindert damit, daß Süddeutschland im Bundesrat geschwächt wird.**

Wer am 9. Dezember für die Wiederherstellung des alten Landes Baden stimmt,

- **verhindert damit, daß Baden in einem Südweststaat-Parlament dauernd in der Minderheit sitzt, also auf Gnade und Ungnade der württembergischen Mehrheit ausgeliefert ist. In der Demokratie entscheidet die Zahl.**

Wer am 9. Dezember für die Wiederherstellung des alten Landes Baden stimmt,

- **hilft damit den Heimatvertriebenen und Entrechteten**

Wer am 9. Dezember für die Wiederherstellung des alten Landes Baden stimmt,

- **stimmt damit gleichzeitig gegen die Oder-Neiße-Linie**

Wer am 9. Dezember für die Wiederherstellung des alten Landes Baden stimmt,

- **stimmt für die Beseitigung der willkürlichen Zonengrenze**

Wer am 9. Dezember für die Wiederherstellung des alten Landes Baden stimmt,

- **verhindert damit eine bedingungslose Kapitulation Badens" aus der es kein Zurück mehr gibt.**

Wer am 9. Dezember für die Wiederherstellung des alten Landes Baden stimmt,

- **denkt damit an die Zukunft seiner Kinder, die es ihm danken werden.**

Und

wer künftig nach seinem Heimatland gefragt wird, braucht nicht verschämt zu sagen: Ich bin Südwestler"

Geht alle zur Wahl! Stimmt alle für Baden!

Arbeitsgemeinschaft der Badener

Leut' paßt auf, die Schwaben kommen!

1. Leut, hört die Schwabichin.
Die ich hiehmil noch berichte.
Dabei überfall' a rudy bald
Hinten heiß und vorne kalt!

2. Dren ihr mißt hoch, daß die Schwabichin
Den Schwabichin wollen haben.
Comp ichen redt man herum.
Und mit wille noch werum.



3. Alles fragt sich ganz bekommen:
Was wird nach dem Wahltag kommen?
Und da gibt's uns einen Stich:
Leute, das wird höchstselbst!



4. Vier Millionen Schwaben werden
Überkommen uns in Frieden.
Kunze - Kunz - und wuterkannst.
Best: Was' Tude mein Boharisch!



5. Soart ichlachten diese Seifler
Alle Genußgüterseifler.
Und schickt in Föhrenhaut
Seifen He's mit Haas und Haut.



6. Ihre nächsten Luten heißen
Die Beamen ihrer Tollen.
Und von Hühnern bis zum Main
Gießen Sie den ganzen Wein.



7. Es läßt auf gebirgen Wege
Eine Mädchenstanz' ergen.
Und hat bis nach Weilerhöhe
Woll sein Land kein Weiser hat.



8. Ja das Tude von allen Seiten
Küßt er Schwabichineller alle.
Das man kann in Schwaben lauff
Und den Welt zu uns vermauff.
Zung: Es wüt zur Schwabenleuten
Und ein Tude schugelichen.
Nur mit Tude nicht so müß.
Daß die gaud' so rühlich geht.



9. Gott sei Dank noch man in Baden
Schien bei Sitten diesen Damm.
Und der Weizen hat genüß.
Wo hat die Tude lauff.
Diese 3-mal der Heine Weges.
Ist mit auch nicht dem Heinkel Meines
Schon hat er Dalmir genüß.
Schaut mir, wie die Schwabichineller stier.



10. Und Sie nicht ich zu Baden.
Liefert Baden zu Baden.
Kommen nicht mit die Meines.
Nurgen odern alle Tude.



11. Was' noch ich die Schwabichin
Woll ich die Schwabichin.
Wollgen He die Schwabichin
Von den Schwabichin zu den Tude.

Gott sei Dank gibt es in Baden
Nicht viel Leut' mit Körperstaden
Unter Kappe oder Hut.
(Wo's nicht weiter mehr tut).

Die die ganze Sache glauben,
Wohlge weiterhin erlauben,
Diesen Anstanz zu erzählen
Und am Ende ihn noch wählen.



12. Und wie ich die Schwabichin
Woll ich die Schwabichin.
Wollgen He die Schwabichin
Von den Schwabichin zu den Tude.

Abb. 2a u. b: Teil der SÜDKURIER-Beilage „Vom See zum Main. Südwestdeutsches Echo“ vom 27. November 1951, hg. von der Aktionsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg

Leut' paßt auf, die Schwaben kommen!

Leute, höret die Geschichte,
die ich hiermit euch berichte,
dabei überläuft euch bald
Hinten heiß und vorne kalt!

Denn ihr wisst doch, daß die Schwaben
den Südwestsaat wollen haben.
Lang schon redet man herum,
und wir wissen auch warum.

Alles fragt sich ganz beklommen:
Was wird nach dem Wahltag kommen?
Und da gibt's uns einen Stich:
Leute, das wird fürchterlich

Vier Millionen Schwaben werden
überschwemmen uns in Herden,
Hunger – Durst – und wutentbrannt,
jetzt: Gut Nacht mein Badnerland!

Stuttgart läßt den Schwarzwald fällen
Gogen fangen die Forellen,
Trauben, Spargel und Tabak
Steckt der Schwob' in seinen Sack

Reinhold Maier mit der Brille
schleicht des nachts in aller Stille
auf dem Kniebis durch den Wald,
was sucht er im Hinterhalt?

Er läßt auf geheimen Wegen
eine Röhrenleitung legen,
von hier bis nach Weil der Stadt
weil sein Land kein Wasser hat.

In das Rohr von allen Seiten
läßt er Kirschenwasser leiten,
das man dann in Stuttgart sauft
und den Rest an uns verkauft.

Kurz: Es wär zum Steinerweichen
und ein Elend ohnegleichen,
aber wir sind nicht so blöd,
daß dies grad so einfach geht.

Zuerst schlachten diese Fresser
alle Gymnasialprofessor,
und gekocht im Filderkraut
fressen sie's mit Haar und Haut

Ihre nächsten Taten kosten
die Beamten ihre Posten
und von Müllheim bis zum Main
saufen sie den ganzen Wein.

Die Verfasser haben nun die Ebene des Ironischen verlassen und sprechen ihre Pro-Südweststaatshaltung bzw. die Grundlosigkeit altbadischer Ängste direkt aus.

Nur dem wirklich geistesschwachen
Spießer kann man glauben machen,
daß ihm seine Heimat nimmt,
wer für den Südweststaat stimmt.

Eine bess're Zunkunft haben
Alemannen, Pfälzer, Schwaben,
wenn sie jetzt zusammenstehn
und nicht auseinandergehn.

Im Landkreis Tuttlingen konstituierte sich ein „Kreiskomitee für die Bildung des Südweststaats“, in dem Kommunalpolitiker jedweder Couleur – der CDU, der FDP/DVP, der SPD und Repräsentanten der Gewerkschaften – vertreten waren (Abb. 3). Dieses Komitee organisierte Wahlveranstaltungen und verfasste Wahlaufrufe, in denen für ein Ja zum Südweststaat geworben wurde. Im „badischen Kreis“ Donaueschingen agitierte die Arbeitsgemeinschaft der Badener recht aktiv, organisierte zahlreiche Wahlveranstaltungen und forderte in Aufrufen im SÜDKURIER die Bürger auf, gegen den Südweststaat zu stimmen. Auch die badische Landesregierung selbst appellierte unmittelbar vor der Abstimmung in der Lokalzeitung an die Wahlberechtigten, für die Wiederherstellung der alten Länder bzw. gegen einen Zusammenschluss zu votieren. In großer Mehrheit Befürworter des Südweststaats waren die zahlreichen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen. Sie fanden in den Nachkriegsjahren in der Partei BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) eine politische Heimat. Im SÜDKURIER (Ausgabe Donaueschingen) stößt man

Der **Südweststaat** ist besser!

Er ist sparsam, vernünftig und dient unserer Heimat!

Darum wählt alle, Männer und Frauen am kommenden Sonntag:

„Ich wünsche die Vereinigung der drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem Bundesstaat (Südweststaat)



Jeder muß am Sonntag von seinem Abstimmungsrecht Gebrauch machen!

Helft mit, die Länder Württemberg und Baden zu vereinigen!

Morgen Samstag, den 8. Dezember 1951, abends 20 Uhr spricht im „Schwebenhaus“

Innenminister Viktor Renner!

Besucht zahlreich die Versammlung!

CDU SPD DUP Deutscher Gewerkschaftsbund

Abb. 3: Anzeige im „Gränzbote“, Tuttlingen vom 7.12.1951

auf einen bezeichnenden Aufruf des BHE „*Macht Schluss mit der Kleinstaaterei und stimmt für den Südweststaat!*“. Für die vielen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, die nach Kriegsende aus Ostdeutschland – den preußischen Provinzen Ostpreußen, Schlesien oder Pommern – in das heutige Baden-Württemberg gekommen waren, bildeten kleinräumige Lösungsansätze etwas Befremdliches. Aus ihrer Heimat kannten sie Derartiges nicht.

Die Volksabstimmung 1951 brachte die Entscheidung für den Südweststaat. Das Wähler-votum ergab Mehrheiten für die Länderneugliederung – Nordbaden mit 57,1 Prozent, Nordwürttemberg mit 93,5 Prozent und Südwürttemberg-Hohenzollern mit 91,4 Prozent. Lediglich in (Süd)Baden gab es eine Mehrheit für die Wiederherstellung der alten Länder, hier stimmten nur 37,8 Prozent für den Südweststaat. Auf ganz Baden bezogen votierten 52,2 Prozent für die Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg. Im Kreis Tuttlingen erzielten die Befürworter des Südweststaats mit 93,0 Prozent eine eindeutige Bestätigung. Wesentlich geringer fiel die Zustimmung in den benachbarten badischen Kreisgemeinden, die damals zu den Landkreisen Donaueschingen und Stockach gehörten und erst im Zuge der Kreisreform 1972/73 zum erweiterten Kreis Tuttlingen kamen, aus. In Liptingen (Kreis Stockach) stimmten 78 Prozent für den Südweststaat, in Möhringen 73,3 Prozent und in Geisingen 53,9 Prozent. In Emmingen waren es 66,5 Prozent für die Länderneugliederung. In Hattingen blieben die Befürworter des Zusammenschlusses mit 40,9 Prozent gar in der Minderheit. In Leipferdingen stimmten 50 Bürger für den Südweststaat, aber 183 für die Wiederherstellung der alten Länder. In Blumberg gaben 698 Wähler ihre Stimme für den Zusammenschluss ab, 967 stimmten für die Wiederherstellung der alten Länder. In Donaueschingen zählte man 1856 Stimmen für und 2156 gegen den Südweststaat. Im gesamten Landkreis Donaueschingen votierten lediglich 43 Prozent der Wähler für den Südweststaat.

Vom See bis an des Maines Strand



Die Stimme Dir mein Badnerland

Abb. 4: Postwurfsendung der Arbeitsgemeinschaft der Badener 1950 (Original: Nachlaß Leo Wohleb, Staatsarchiv Freiburg T1)



Abb. 5: Wahlpropaganda der Altbadener 1950 (Kreisarchiv Tuttlingen, Sammlungen)

Analysiert man das Wahlergebnis im Kreis Donaueschingen, stellt man fest, dass in Gemeinden in unmittelbarer Nähe zur badisch-württembergischen Grenze bzw. zum Kreis Tuttlingen durchweg Mehrheiten für den Zusammenschluss zum Südweststaat vorhanden waren. Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen über die Kreisgrenze hinweg und die vorherrschenden vielfältigen Orientierungen zur geographisch näheren Stadt Tuttlingen hin bestimmten in Gemeinden wie Möhringen, Immendingen oder Emmingen, Geisingen das Wahlverhalten.

In den „grenzfernen“ Gemeinden des Landkreises Donaueschingen stimmte in der Regel eine Mehrheit der Wähler für die Wiederherstellung der alten Länder.

Die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung am 9. März 1952 und die Wahl von Reinhold Maier zum ersten Ministerpräsidenten am 25. April 1952 bildeten weitere Schritte auf dem Weg hin zur Konstituierung des neuen Landes.

Wie sollte das neue südwestdeutsche Bundesland nun heißen? Viele Vorschläge gingen ein und Experten wurden zu Rate gezogen. Neben ernst gemeinten Namensvorschlägen gab es auch humorvolle und skurrile, wie Deutsch-Südwest, Südwest-Germanien, Südwestmark und Wü-Ba-Hoz. In die engere Auswahl kamen: Schwaben, Alemannien und Baden-Württemberg. Weitere Namen waren Staufen, Zähringen, Rheinneckarland, Zollern, Schwabenland, Baden-Schwaben, Südwestbund, Stauferland oder Neckar-Rhein-Provinz. Der Name Schwaben stieß vor allem in Baden auf Ablehnung, weil viele Menschen die Bezeichnungen Schwaben und Württemberg als Synonyme betrachteten. Aber auch bei Franken und Pfälzern fand „Schwaben“ Widerspruch, da sie damit keine historische Identifikation verbinden konnten. Die nördlichen Teile Badens und Württembergs gehörten nämlich im Mittelalter zum Herzogtum Franken und nicht zum Herzogtum Schwaben. „Alemannien“ schied für viele Parlamentarier wohl schon deshalb aus, weil der Namen im benachbarten Frankreich für die gesamte Bundesrepublik galt („Allemagne“), und Rheinschwaben erschien vielen als künstliche Neuprägung. Mit der Bindestrichlösung „Baden-Württemberg“ setzte sich schließlich eine Kombination zweier territorialer Bezeichnungen der Neuzeit gegen früh- und hochmittelalterliche Stammes- und Gebietsbezeichnungen bzw. Dynastennamen wie Schwaben, Alemannien, Staufen oder Zähringen durch.

Auch nach der Gründung des Landes Baden-Württemberg führten die „Altbadener“ den Kampf um die Wiederherstellung des früheren Landes Baden fort, bis vor das Bundesverfassungsgericht. Die Bemühungen der „Altbadener“ hatten schließlich Erfolg. Am 30. Mai 1956 gestand das Bundesverfassungsgericht dem „Heimatbund Badenerland“, der Organisation der „Altbadener“ zu, dass die badische Bevölkerung in einer nochmaligen Volksabstimmung über den Verbleib ihrer Heimat im Bundesland Baden-Württemberg entscheiden dürfte. Dieser zweite Gang an die Urne verzögerte sich jedoch, da Versuche, einen Gesetzentwurf über die Volksabstimmung durchzubringen, wiederholt scheiterten. Deshalb kam es erst am 7. Juni 1970 zur Volksabstimmung im badischen Landesteil. Eine breite Mehrheit von 81,9 Prozent stimmte damals für einen Verbleib im Land Baden-Württemberg. Auch in Orten, wo 1951 noch Mehrheiten für die Wiederherstellung der alten Länder bestanden hatten, gab es nun ein eindeutiges Votum für Baden-Württemberg. Im Kreis Donaueschingen stimmten 81,1 Prozent der Bürger, die zur Wahlurne gingen, für das Land Baden-Württemberg. In allen „badischen Gemeinden“ des heutigen Landkreises Tuttlingen gab es deutliche Mehrheiten für Baden-Württemberg.

Damit hatte die Zeit für die Festigung des Länderzusammenschlusses gearbeitet. Die anfängliche Reserviertheit der Südbadener gegen die neue staatliche Gemeinsamkeit hatte

sich gelegt. Das Modell Baden-Württemberg hatte sich bewährt und das neu geschaffene Land erstaunlich schnell konsolidiert.

Quellen

Kreisarchiv Tuttlingen, Bestand 2, Nr. 58
Gränzbote
Heuberger Bote
SÜDKURIER, Donaueschinger Ausgabe

Schriften

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.) (1999): Baden-Württemberg. Eine kleine politische Landeskunde. Neuauflage. Stuttgart
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.) (1991): Der Weg zum Südweststaat. Bearbeitung und Redaktion: Jörg THIERFELDER/Uwe ÜFFELMANN. Karlsruhe
SCHUSTER, H.-J. (1997): Marksteine der Geschichte des Landkreises Tuttlingen. Trossingen

Eingang des Manuskripts: 18.9.2003

Anschrift des Verfassers: Dr. Hans-Joachim Schuster, Landratsamt/Kreisarchiv- und Kulturamt, Bahnhofstr. 100, 78532 Tuttlingen